

Auszug

aus der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates der Gemeinde Winden im Elztal vom 10. September 2003

Der Gemeinderat hat in seiner öffentlichen Sitzung vom 10. September 2003 folgenden Beschluss gefasst:

Tagesordnungspunkt 5

Grundsatzbeschluss zum Bebauungsplan Wohngebiet „Frohnacker“ betreffend der Standorte für Garagen und Carports

Laut Bebauungsplan sind im Baugebiet Frohnacker nur an bestimmten Stellen Carports zulässig. Nach dem nun ein Grundstückseigentümer an anderer Stelle einen Carport bauen will ergeht folgender

Beschlussvorschlag: Garagen und Carports können auf den Grundstücken frei ausgewiesen werden.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Die Übereinstimmung des Auszuges mit der Niederschrift wird hiermit bestätigt.

Verteiler
GVV - Bauamt Elzach
Registratur

Bürgermeisteramt


.....

<p>Niederschrift über die Verhandlungen des Gemeinderats öffentlich</p>	<p>Verhandelt mit dem Gemeinderat am Mittwoch, den 15.06.1994, 19.00 Uhr Anwesend: Vors. Bgm Clemens Bieniger und 11 Mitglieder Normalzahl: 1 Vors. und 12 Mitglieder Abwesend: GR Hannelore Rösch, entschuldigt Schriftführer: Ratschreiber Adolf Burger</p>
---	---

2. Bauantrag des Herrn Hermann Fahrländer, Frohnmattestr. 41,
zur Erweiterung seines Wohnhauses auf Flurst. Nr. 731, Gemarkung
Oberwinden.

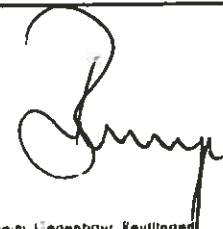
Bürgermeister Bieniger legte den Bauantrag des Herrn Fahrländer dem
Gemeinderat zur Einsichtnahme vor. Er wies daraufhin, daß Befreiung
von den Festsetzungen des Bebauungsplanes zu erteilen wäre.

Beschlußfassung:

Dem Bauantrag des Herrn Fahrländer wird zugestimmt.
Von den Festsetzungen des Bebauungsplanes Frohnacker Wohngebiet
wird Befreiung erteilt. Dachgauben sind grundsätzlich zulässig. Es dürfen
keine 3 Vollgeschosse erreicht werden.

Abstimmungsergebnis: 8 Stimmen dafür, 3 Stimmen dagegen,
1 Stimmenthaltung

Auszug gefertigt am für
a) Reg. Akten Nr.
b) Gemeindekasse
c) Landratsamt
d)



Bebauungsvorschriften

=====

zum Bebauungsplan für das Gewann "Frohnacker"
in der Gemeinde Oberwinden Ldkrs. Emmendingen

A. Rechtsgrundlagen:

1. §§ 1 und 2, 8 und 9 des Bundesbaugesetzes vom 23. Juni 1960 (BGBl. I S. 341) (BBauG).
2. §§ 1-23 der Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (Baunutzungsverordnung) vom 26. Juni 1962 (BGBl. I S. 429) (BauNVO) i. d. F. v. 26. 11. 68
3. §§ 1 bis 3 der VO über die Ausarbeitung der Bauleitpläne sowie über die Darstellung des Planinhalts (Planzeichenverordnung vom 19. Januar 1965 (BGBl. I S. 21)).
4. § 1 der 2. Verordnung der Landesregierung zur Durchführung des BBauG vom 27. Juni 1961 (Ges. Bl. S. 108).
5. §§ 3 Abs. 1, 7, 9, 16 und 111 ~~XXXXXX~~ der Landesbauordnung für Baden-Württemberg vom 6. 4. 1964 (Ges. Bl. S. 151) (LBO).

B. Festsetzungen:

I. Art der baulichen Nutzung

§ 1

Baugebiet

Der gesamte räumliche Geltungsbereich des Bebauungsplanes ist allgemeines Wohngebiet gemäß § 4 BauNVO.

§ 2

Ausnahmen

Soweit in § 4 Abs. 3 BauNVO Ausnahmen vorgesehen sind, sind diese Bestandteil des Bebauungsplanes.

§ 3

Neben- und Versorgungsanlagen

- 1) Nebenanlagen im Sinne des § 14 Abs. 1 BauNVO sind unter den dort genannten Voraussetzungen zulässig.
- 2) Versorgungsanlagen im Sinne des § 14 Abs. 2 BauNVO können als Ausnahmen zugelassen werden.

II. Maß der baulichen Nutzung

§ 4

Allgemeines

- 1) Das Maß der baulichen Nutzung wird bestimmt durch Festsetzung der Grundflächenzahl der Zahl der Vollgeschosse und der Geschoßflächenzahl.
- 2) Die zulässige Geschoßflächenzahl ergibt sich aus der Vervielfachung von festgesetzter Grundflächenzahl und festgesetzter Zahl der Vollgeschosse, soweit nicht in § 17 BauNVO eine geringere Geschoßflächenzahl festgesetzt ist.

§ 5

Zulässiges Maß der baulichen Nutzung

- 1) Die Festsetzung der Grundflächenzahl, der Zahl der Vollgeschosse und der Geschoßflächenzahl erfolgt durch Eintragung im Bebauungsplan. Soweit eine Festsetzung der Grundflächenzahl im Bebauungsplan nicht erfolgt, gilt die jeweils zugehörige Grundflächenzahl nach § 17 Abs. 1 BauNVO als festgesetzt.
- 2) Die festgesetzte Zahl der Vollgeschosse ist zwingend.
- 3) Von der Zahl der Vollgeschosse kann eine Ausnahme gemäß § 17 Abs. 5 BauNVO nicht zugelassen werden.

III. Bauweise und überbaubare Grundstücksfläche

§ 6

Bauweise

- 1) Als Bauweise wird die offene Bauweise festgesetzt.
- 2) Soweit im Bebauungsplan Einzelhäuser, Doppelhäuser oder Hausgruppen eingetragen sind, gilt diese Eintragung als Festsetzung gemäß § 22 Abs. 2 Satz 2 BauNVO. Doppelhäuser und Hausgruppen sollen gleichzeitig ausgeführt werden.
- 3) Für die Stellung und die Firstrichtung der Gebäude sowie für die Dachform sind die Eintragungen im Bebauungsplan maßgebend.

§ 7

Überbaubare Grundstücksfläche

- 1) Die Festsetzung von Straßenbegrenzungslinien, Baulinie, Baugrenzen und Bebauungstiefen erfolgt durch Eintragung im Bebauungsplan.

- 2) Auf den nicht überbaubaren Grundstücksflächen sind Nebenanlagen im Sinne des § 14 BauNVO nicht zulässig.
- 3) Innerhalb von Sichtdreiecken sind Anpflanzungen und Lagerungen jeder Art nur bis zu einer Höhe von 0,80 m gestattet. (§ 9 (1) 2 BBauG.)

§ 8

Grenz- und Gebäudeabstand

- 1) Die Summe der auf einem Grundstück einzuhaltenden seitlichen Grenzabständen muß mindestens 8,0 m betragen, wobei der geringste Abstand 4,0 m betragen muß.
- 2) Weitgehende Fenster- und Gebäudeabstände nach der LBO bleiben unberührt.

IV. Baugestaltung

§ 9

Gestaltung der Bauten

- 1) Die Gebäudelängsseite soll bei zweigeschossigen Gebäuden in der Regel mindestens 11,0 m betragen.
- 2) Hausgruppen dürfen nicht länger als 25,0 m sein. Doppelhäuser und Hausgruppen müssen einheitlich gestaltet werden.
- 3) Die Höhe der Gebäude darf von der natürlichen, im Mittel gemessenen Geländeoberfläche bis zur höchsten Traufe betragen:
Bei zweigeschossigen Gebäuden 7,0 m.
- 4) Die höchste Sockelhöhe der Gebäude (Oberkante Erdgeschoßfußboden) darf nicht mehr als 0,80 m über fertige Straße betragen.
- 5) An- und Vorbauten an den Gebäuden sind nur gestattet, wenn sie in einem angemessenen Größenverhältnis zum Hauptgebäude stehen und sich architektonisch einfügen.
- 6) Die Dachneigung muß bei den Hauptgebäuden betragen, soweit im Bebauungsplan keine weitergehenden Beschränkungen festgesetzt sind:
Beim flachgeneigtem Dach: mindestens 28°, höchstens 32°.
Bei Hausgruppen muß die Dachneigung stets die gleiche sein. Für die Dachdeckung ist dunkles nichtglänzendes Material zu verwenden.
- 7) Ein Kniestock ist nur zulässig beim zweigeschossigen Haus mit flachgeneigtem Dach bis höchstens 0,30 m.

- 8) Dachgaupen und Dachaufbauten sind bei zweigeschossigen Gebäuden nicht gestattet.

§ 10

Nebengebäude und Garagen

- 1) Die Nebengebäude sollen in einem angemessenen Größenverhältnis und guter baulicher Zuordnung zum Hauptgebäude stehen.
- 2) Nebengebäude müssen, sofern es sich nicht um landwirtschaftliche Gebäude handelt, eingeschossig erstellt werden. Die Traufe darf höchstens 3,50 m betragen.
- 3) Soweit Garagen an der Grundstücksgrenze zugelassen werden, sind sie mit einem Flachdach zu versehen und dürfen in der Einfahrt die Höhe von 2,50 m (Außenmaß) nicht überschreiten.

§ 11

Einfriedigungen

- 1) Als Einfriedigungen der Grundstücke an öffentlichen Straßen und Plätzen sind gestattet:
 - a) Sockel bis 0,30 m Höhe mit Heckenhinterpflanzung
 - b) Holzzäune (Lattenzäune) mit Heckenhinterpflanzung
 - c) Drahtgeflecht im Rahmen aus Rohren oder Winkeleisen mit Heckenhinterpflanzung
- 2) Die Verwendung von Stacheldraht als Einfriedigung ist nicht gestattet.
- 3) Die Gesamthöhe der Einfriedigungen darf das Maß von 0,80 m nicht überschreiten.

§ 12

Grundstücksgestaltung

- 1) Anfüllungen und Abtragungen auf dem Grundstück dürfen die gegebenen Geländebeziehungen nicht wesentlich beeinträchtigen. Die Geländebeziehungen der Nachbargrundstücke sind dabei zu berücksichtigen.
- 2) Vorplätze müssen planiert und befestigt werden.
- 3) Vorgärten sind als Ziergärten oder Rasenflächen anzulegen und zu unterhalten.

§ 13

Entwässerung

- 1) Häusliche Abwässer sind unmittelbar in das Ortskanalnetz abzuleiten.
- 2) Die für die Hausentwässerungsanlagen erforderliche wasserrechtliche Erlaubnis bleibt unberührt.

§ 14

Befreiungen

Für die Erteilung von Befreiungen gelten § 31 Bundesbaugesetz und § 94 Landesbauordnung.

Oberwinden, den 25. 3. 69

Der Bürgermeister



Genehmigt gemäß § 11 Bundesbaugesetz
Emmendingen, den **26. Nov. 1969**

Landratsamt - B I -

